

Missbrauch der OSZE für eine imperialistische Strategie der Aufwiegelung

Der nachfolgende Zusammenstellung versteht sich als Beitrag zur Vergewisserung in Sachen Ukrainewahl: Welcher Art ist die öffentliche Debatte bzw. Meinungsbildung dazu in der benachbarten, ostwärts der EU gelegenen Staatenunion? Zu welchen Befunden gelangt sie? Auf Grundlage einer entsprechenden Recherche sind hier einige Stellungnahmen zusammengetragen worden, die als Antworten auf diese Fragen verstanden werden können: Der ‚Russische Pressespiegel‘ vom 8.12.04 enthält u.a. folgenden Artikel aus der Zeitung *Kommersant*: „Die Diskussion über die Situation um die ukrainischen Wahlen hat sich am Vortag in einer Tagung des [Außen-]Ministerrates der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Sofia [6./7.12.04 – Red.] zu einer kontroversen Polemik zwischen Russlands Außenminister Sergej Lawrow und USA-Außenamtschef Colin Powell entfaltet ... Stein des Anstoßes war die Situation in der Ukraine, genauer gesagt, das Herangehen der OSZE an die im postsowjetischen Raum stattfindenden Wahlen, das dort an den Tag trat. Lawrow schlug vor, ein ‚System objektiver Kriterien zu entwickeln, die für den gesamten OSZE-Raum gelten würden‘, um in Zukunft keine Doppelmoral bei der Bewertung der Wahlen zuzulassen. Widrigenfalls wird das Monitoring [d.h. das Beobachten /Red.] von Wahlprozessen zu einem Instrument politischer

Manipulation und einem Destabilisierungsfaktor ... USA-Außenamtschef Powell wies die Kritik kategorisch zurück. Wie er erklärte, kämpfen die USA nicht um Gebiete und zwingen die Ukrainer auch nicht, zwischen Ost und West zu wählen. [...]“¹. Im Beitrag eines Schweizer Nachrichtendienstes wird dazu ergänzend Folgendes berichtet: „Lawrow warf dem Westen vor, mit zweierlei Maß zu messen: Die Wahlpraxis in ehemaligen kommunistischen Staaten werde kritisiert, Kritik an den eigenen Wahlen hingegen abgelehnt. ‚Wir dürfen nicht zulassen, dass Wahlbeobachtung in ein politisches Instrument umgewandelt wird‘, sagte der russische Außenminister ...“²

Was von Powells Zurückweisung der russischen Kritik zu halten ist, wird zum einen beispielhaft ersichtlich aus dem dazu hier als Dokument auszugsweise wiedergegebenen Beitrag der britischen Zeitung *The Guardian*. Und es wird zum andern auch ersichtlich aus dem Zweitabdruck eines Beitrags von Jesse Jackson („In Cleveland as in Kiev“ [Wie in Cleveland, so in Kiev‘ – Red.]) in derselben Zeitung, der zuerst in der *Chicago Sun Times* veröffentlicht worden war. Darin werden die gravierendsten Manipulationen (in den Bundesstaaten Ohio und Pennsylvania) zugunsten eines Wahlsiegs von US-Präsident Bush benannt: Und zwar sowohl hinsichtlich der betroffenen Wahlbezirke bzw. Wahlberechtigten wie auch hinsichtlich der

involvierten Personen und der von ihnen angewandten konkreten Methoden. Des weiteren wird daran erinnert, dass Bush bereits vor vier Jahren – damals im Bundesstaat Florida – mithilfe ähnlicher Verfälschungen des Wahlausgangs in das Präsidentenamt gelangt war. Jackson, Präsident der US-Regenbogen-Koalition, verbindet seine Forderung nach einer entsprechenden amtlichen Untersuchung sowie einer Neuauszählung der dort abgegebenen Stimmen u.a. mit folgender Feststellung: „In der Ukraine protestieren Bürger in den Straßen gegen das, was sie für einen Wahlbetrug halten. Außenminister Colin Powell bringt die Besorgnis dieser [US-]Nation über den offensichtlich irregulären Verlauf der Wahl zum Ausdruck. Die Medien widmen dem diesbezüglichen Disput eine Rund-um-die-Uhr-Aufmerksamkeit. Aber in den Vereinigten Staaten selbst gehen massive und systematisch betriebene Wahl-Unregelmäßigkeiten einfach so durch“³. Hier wird auf die öffentliche Kritik der US-Regenbogen-Koalition nicht deshalb hingewiesen, weil der Gegenstand unserer Zusammenstellung insbesondere festgemacht werden soll an der diesbezüglichen US-Außenpolitik. Nein, wir verweisen hier deshalb darauf, weil diese Art kritischer öffentlicher Befassung mit der eigenen Außenpolitik bislang nur in der nordamerikanischen Union der Fall ist – hingegen nicht in der EU.

Dokument aus *The Guardian*, 26.11.2004:

Analyse. Hinter dem Aufruhr in Kiew – US-gesteuerte Wahlkampagne

...[W]ährend die Gewinne der orangegefärbten ‚Kastanien-Revolution‘ Erfolge der Ukraine darstellen, ist die Wahlkampagne selbst eine amerikanische Kreation, eine hochentwickelte und brillant vorgetragene Übung in Sachen westlicher Vermarktung und [westlichem] Massenmarketing, das – in [nunmehr] vier Ländern innerhalb von vier Jahren – für den Versuch genutzt wurde, Wahlen vor Manipulationen zu bewahren und verfallende Regime umzustürzen. Diese strategische Kampagne – erfunden und organisiert von der US-Bundesregierung – feldzugmäßig

entfaltet über US-amerikanische Berater, Meinungsforscher, Diplomaten, die beiden großen amerikanischen Parteien und Nichtregierungs- Organisationen – wurde in Europa zum ersten Mal in Belgrad genutzt, um Slobodan Milosevic an der Wahlurne zu schlagen. Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte hierbei die Schlüsselrolle. Und während letztem Jahr hat er, als US-Botschafter in Tiflis, dieses Kunststück in Georgien wiederholt – indem er Mikhail Saakashvili als Coach zu Diensten war hinsichtlich der Frage, wie man Eduard Shevardnadze zu Fall bringt. Zehn Monate nach dem Erfolg in Belgrad organisierte der US-Botschafter in Minsk [Belarus/Weißrussland – Red.], Michael Kozak – ein Veteran ähnlicher politischer Operationen in Mittelamerika, hauptsächlich in Nicaragua –, eine nahezu identische Kampagne für den Versuch, den ‚starken

Mann‘ Weißrusslands, Alexander Lukashenko, zu besiegen. Diese Kampagne misslang ...

Aber die Erfahrung, die in Serbien, Georgien und Weißrussland gewonnen wurde, war verwertbar für ein gemeinschaftliches Handeln zum Zweck der Niederwerfung des Regimes von Leonid Kuchma in Kiew. Die Operation – d.h. das Demokratie-Engineering via Wahlurne und zivilen Ungehorsam – ist mittlerweile so gekonnt, dass diese Methoden zu einer Vorlage für das Gewinnen von Wahlen anderer Bevölkerungen herangereift sind ... [Nachfolgend wird hier erstens die Notwendigkeit der Mobilisierung junger (auch faschistisch gesinnter) Leute – hauptsächlich Studenten, die dazu Zeit haben – unter einer schlichten, stets ähnlich lautenden, Losung dargelegt. Und zweitens die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der oppositionellen Kräfte und ihrer Aus-



Eine aufschlussreiche Pose. Hier wird Zugehörigkeit auf Schutzmächte verwiesen. Rechts: Blockade von Regierungsgebäuden.

Das, was hier von russischer Seite als ‚Messen mit zweierlei Maß‘ kritisiert wird, dient erkennbar der Insurgierung – d. h. bestimmten, auf Umsturz hinzielenden und von außen gesteuerten Aktivitäten: Die konkrete, aus Anlass einer Wahl stattfindende Intervention in den betreffenden Staat findet sich in der Vorphase wie auch in der Begleitphase ‚legitimiert‘ durch eine spezifische – politische bzw. mediale – auswärtige Aufbereitung seiner inwärtigen Verhältnisse. Zu dieser Art von Staatenumgang wird in einem aktuellen Beitrag (‚Russland besteht auf einer Reform der OSZE‘- 8.12.2004) der Nachrichtenagentur *Russian News & Information Agency / RIA-Novosti* Folgendes ausgeführt: Die OSZE „entfernt sich allmählich von ihren Zielen und verwandelt sich zunehmend in ein Instrument zur Bedienung der Interessen nur einer kleinen Gruppe ihrer Teilnehmer, mitunter sogar nur einzelner Staaten. Falls die OSZE nicht ihre Identität verlieren ... will, muss sie sich einer unaufschiebbaren Reform

aussetzen... [Moskau] neigt dazu, die heutige Situation in der OSZE als eine ernste Krise zu betrachten. Besonders enttäuscht ist Russland über die thematische Verzerrung in der Tätigkeit der Organisation. Von den drei ‚Körben‘ interessiert nur der humanitäre ‚Korb‘..., während die beiden anderen Richtungen – die militärpolitische und die wirtschaftliche – nach Ansicht von Moskau stagnieren. [...] Was die OSZE wirklich zum Gegenstand ihrer unermüdlichen Sorgen gemacht hat, ist der humanitäre ‚Korb‘. Aber nach der Erweiterung der Europäischen Union und des Nordatlantikpaktes interpretiert die Organisation ihre Aufgaben in dieser Sphäre recht eigenartig. Im Grunde betätigt sich die OSZE heute als Aufseher über die politische Situation in einzelnen Ländern, die der EU und der NATO nicht angehören. Im Ergebnis verwandelt sie sich in ein Werkzeug des Druckes der einen Staaten auf die anderen. Auf den Foren der Organisation überwiegt ständig eine willkürliche Teilung der

Staaten in die so genannten ‚achtbaren‘ und die ‚weniger achtbaren‘.“⁴

Hinsichtlich solcher Staaten am expandierenden Ostrand der EU bzw. am Westrand der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wie Weißrussland, Moldawien und der Ukraine ergeben sich aus dieser Anmaßung einer hierarchisierenden Staaten-Bewertung innerhalb der OSZE ganz spezifische Probleme. In einem aktuellen Beitrag für die Internet-Zeitung *russland.RU* führt Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Staatsduma, folgendes dazu aus: „Die Ereignisse in der Ukraine spielen sich vor dem Hintergrund schwieriger Wirtschaftsprozesse ab, die sich auf dem europäischen Kontinent vollziehen. Westlich von der Ukraine findet eine wirtschaftliche Integration im EU-Rahmen statt, im Osten entfalten Russland und einige ehemalige Sowjetrepubliken das Projekt des Einheitlichen Wirtschaftsraums. Um unnötige Konflikte künftig zu vermeiden,

richtung auf einen (zur Not auch anti-westlichen, Hauptsache: anti-russischen) Gegenkandidaten. – Red.]... Außer dem Schlüsselement Studentenbewegung und dem Schlüsselement Vereinigte Opposition ist das weitere Schlüsselement das, was bekannt ist als ‚Parallele Wahlhochrechnung‘ – ein Gegenschlag gegen wahlmanipulierende Tricks verrufener Regime.

Es gibt professionelle, außerhalb [der Wahlzentrale einsetzbare] Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa [OSZE], aber die Wahl in der Ukraine zeichnete sich – ähnlich wie ihre [oben angesprochenen] Vorläufer – auch aus durch Tausende von örtlichen Wahlbeobachtern, trainiert und bezahlt von westlichen Gruppen... [Diese Gruppen] organisierten auch Prognosen zum Wahlausgang. In der Sonntag-[Wahl-]nacht gaben diese Hochrech-

nungen Herrn Juschtschenko einen Vorsprung von 11 Prozent und setzten [damit] die Agenda für vieles, was dann folgte. Die Wahlhochrechnungen werden nicht ganz unkritisch gesehen. Sie ergreifen die Initiative in der Propagandaschlacht mit dem Regime, stets als erste erscheinend, erlangen sie breite Medienaufmerksamkeit und wälzen damit die Last einer Antwort auf die offiziellen Autoritäten. Die letzte Stufe des US-amerikanischen Eingreifens ins Wahlgeschehen betrifft die Frage, wie zu handeln ist, wenn der [bisherige] Amtsinhaber versucht, eine verlorene Wahl für sich zu verbuchen.

In Weißrussland gewann Präsident Lukashenko, daher war dort eine Antwort auf diese Frage von geringer Bedeutung. In Belgrad, Tbilisi und jetzt in Kiew, wo die Autoritäten sich anfänglich an die Staatsgewalt klammerten, lautete die Anweisung, cool aber ent-

schlossen zu bleiben und Massenveranstaltungen zivilen Ungehorsams zu organisieren – der zwar friedlich bleiben muss, aber es [gleichzeitig] auf das Risiko anlegt, das Regime zur gewaltsamen Unterdrückung zu provozieren. Falls die Ereignisse in Kiew die US-Seite bestätigen in ihren Strategien, [die darauf angelegt sind], anderen Bevölkerungen zu helfen, ihre Wahlen zu gewinnen und antidemokratische Regime zu entmachten – dann ist es gewiss, dass der Versuch der Wiederholung dieser Übung auch anderswo in der postsowjetischen Welt unternommen wird. Die Gegenden, die [unter diesem Gesichtswinkel] beobachtet werden sollten, sind Moldawien und die Länder Zentralasiens.

Quelle: „Analysis. US Campaign behind the turmoil in Kiev. – Ian Traynor, Friday November 26, 2004“; Hintergrundbericht in ‚The Guardian‘: <http://www.guardian.co.uk/usa/story/0,12271,1360237,00.html> (eigene Übers.)

müssen diese Prozesse als einander ergänzende betrachtet werden. Die Ukraine ist weder jetzt noch in absehbarer Zukunft bereit, Mitglied der EU zu werden. Ihrerseits ist auch die EU nicht bereit, neue Mitglieder wie die Ukraine, Russland oder andere Staaten Mittel- und Osteuropas aufzunehmen. Unter diesen Bedingungen stehen Russland, der Ukraine und anderen interessierten Staaten außerhalb der EU zwei Wege zur Auswahl: Entweder lange nach der EU-Mitgliedschaft anstehen und nichts unternehmen, oder die Mitgliedschaft bei der EU nicht zum Selbstzweck werden lassen und pragmatisch eigene Wirtschaftsprobleme bewältigen und Barrieren abbauen, die Handel, Investitionstätigkeit, Kooperation und Produktionszusammenarbeit erschweren. Zur Lösung dieser Aufgaben wurde das Projekt Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR) konzipiert. Als Partner und nächster Nachbar der EWR-Staaten müsste die Europäische Union die Entstehung des EWR gutheißen und künftig nach Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den beiden großen europäischen Projekten streben. Dabei kann keinesfalls von einem harten Wettbewerb oder einer Teilung der Einflussphären die Rede sein. Denn widrigenfalls bleibt Europa geteilt: Seine zwei Hälften Ost und West würden sich nie zusammenschließen. Wenn der Westen (lies: die Europäische Union und die Nato) den postsowjetischen Raum jedoch ausschließlich als ihr eigenes Interessengebiet betrachtet, kann sich das ukrainische Szenario (Spaltung zwischen Ost und West) in einigen anderen GUS-Staaten wiederholen, was sich sehr folgenschwer für die russisch-europäischen Beziehungen erweisen würde.“⁵

Der Versuch seitens einiger EU-Staaten wie auch der USA, die hierarchisierende Bewertung als ‚legitime‘ Art des Staatenumgangs innerhalb der OSZE zu etablieren, birgt keinerlei Interesse an der gutnachbarschaftlichen Gestaltung dieser Beziehungen in sich. Ebenso wenig zeugt der klare Missbrauch diplomatischer Einrichtungen bzw. diplomatischen Personals für Zwecke der Insurgierung von Staaten (s. Dokument !) von friedfertigen Absichten. Dasselbe gilt für den Missbrauch von Wahlbeobachtern – die ja einen ähnlich exterritorialen Status genießen! – für solche Zwecke⁶ bzw. für die Fertigung von offiziellen OSZE-Berichten, die ersichtlich einseitig abgefasst sind. Hinsichtlich der Berichterstattung zur ersten Wahrunde wird beispielsweise folgende Kritik geltend gemacht: „Die SPD-Politikerin und Ukraine-Experte Jelena Hoffmann kritisierte die offizielle Stellungnahme der OSZE. ‚Ich bin mit der Einschätzung überhaupt nicht einverstanden‘, sagte Hoffmann der *Financial Times Deutschland*. Hoffmann, die

EU-Aktionsplan für die Ukraine: Versprechen und drohen

Ausgehandelt war „Aktionsplan“ zur Umsetzung der EU-„Nachbarschaftsstrategie“ für die Ukraine noch mit Kutschma. Aber erst jetzt hat ihn die EU-Kommission vorgelegt (zusammen mit Aktionsplänen für die Moldau, Marokko, Tunesien, Jordanien, Israel und die palästinensische Autonomiebehörde). Die EU-Kommission präsentierte ihn ausdrücklich als Zeichen ihres „Engagements für die zukünftige Entwicklung“ des Landes. Gleichzeitig empfahl sie aber dem EU-Ministerrat, ihn zur Verabschiedung an den Kooperationsrat EU-Ukraine erst nach den Wahlen weiterzuleiten, dann, wenn die Entwicklungen es ermöglichten, seine Durchführung ins Auge zu fassen.

Mit der Nachbarschaftsstrategie und den in ihrem Rahmen entwickelten Aktionsplänen will die EU einen „Ring von Freunden“ um ihr Territorium legen, heißt es. Tatsächlich handelt es sich um eine Strategie abgestufter Beziehungen, in denen die EU den Nachbarländern Vorteile aus Zusammenarbeit soweit und nur soweit verspricht, als diese jeweiligen Forde-

rungen der EU nachkommen. Es handelt sich nicht um gleichberechtigte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil, sondern die EU maß sich an, die Bedingungen zu diktieren. Israel etwa musste als Vorbedingung die Rolle der EU im Nahen Osten anerkennen.

Im Fall der Ukraine hat die EU-Kommission eine Liste politischer Prioritäten ausgearbeitet, darunter die „demokratische Durchführung“ der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen, die Garantie der Presse- und Meinungsfreiheit, „verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine beim Krisenmanagement“, die stufenweise Entwicklung einer Freihandelszone, Visa-Erleichterungen, Aufbau „rechtsstaatlicher Strukturen“ sowie Nuklearsicherheit. Von der Abarbeitung dieser Liste durch die Ukraine macht die EU den Zugang des Landes zum europäischen Binnenmarkt abhängig.

Unverhüllt heißt es im letzten Satz des Aktionsplanes, dass er „jederzeit ergänzt und/oder ausgebaut werden (kann) entsprechend dem politischen Fortschritt“ – „das ist Versprechen und Drohung zugleich für die Ukraine“, kommentierte die *Welt*.

Quelle: Die Welt, 8.12., NZZ, taz 10.12.

als Beobachterin des Europarats Wahllokale in der Hafenstadt Odessa besuchte, sagte, sie habe ‚keine Verstöße feststellen‘ können. Ihr Gesamteindruck sei ‚positiv‘ gewesen, ebenso wie der einer Reihe von Kollegen. ‚Unsere Berichte haben offenbar nicht in den abschließenden Bericht Eingang gefunden‘, sagte Hoffmann.“ (FTD, 1.11.04).

Die ukrainische Seite hat durch ihre eigenständige Aufhellung der Vorgänge um die Wahl sowie durch die Tatsache der Neu-Ansetzung dieser Wahl – der alle politischen Kräfte zustimmten! – deutlich gemacht, dass sie selber die ihr bekannt gemachten Regelverstöße (aus beiden Lagern) für nicht hinnehmbar befindet – und zwar im öffentlichen Interesse dieses Landes! Jeder Versuch der Einwirkung von außen leugnet diese Fähigkeit der ukrainische Seite zu selbstbestimmtem Handeln bzw. zur Selbstverständigung der Lager. Mehr noch: Die hier wiedergegebenen Beiträge aus Russland bzw. der ostwärts der EU gelegenen GUS machen das dortige spezifische Problemverständnis von der erkennbaren Scharnierfunktion der Ukraine (sowie Weißrusslands und Moldawiens) – für die beiden benachbarten Staatenunionen! – deutlich. Dieses Problemverständnis verdient unbedingte Beachtung und Anerkennung innerhalb der EU sowie innerhalb der OSZE: Denn hier hätte ein Staatenumgang, der auf Gleichbehandlung basiert und insofern geprägt ist von der Achtung der Souveränität bzw. territorialen Inte-

grität, insbesondere auch zukünftigen möglichen Entwicklungen der Ukraine Rechnung zu tragen – etwa zu einem föderalen Verbund (ähnlich Belgien) oder zur gutnachbarschaftlichen Loslösung voneinander (ähnlich Tschechien/Slowakei). *huh, scc*

Quellen:

- 1 <http://russlandonline.ru/rupress0020/more-news.php?iditem=324>
 - 2 <http://asp.ebund.ch/print.asp?artikelID=54668>
 - 3 <http://www.guardian.co.uk/print/0,3858,5080699-103677,00.html>
 - 4 http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=5186399&startrow=41&date=2
 - 5 <http://russlandonline.ru/rupol0010/more-news.php?iditem=3380>
 - 6 Hierzu beispielhaft die Kommentierung in einer aktuellen Sendung des Deutschlandfunks, in der eine Wahlbeobachterin – eine 47-jährige Referatsleiterin aus München – zu ihren ganz persönlichen Motiven (Freude darüber, „mit-helfen“ zu können, „wenn ein Land sich entscheidet, demokratische Verhältnisse einzuführen“ – und die „Leidenschaft zu reisen“) befragt wird: „Nicht zuletzt [so der Sender/Red.], weil es manchmal vorkommt, dass Wahlbeobachter sogar an politischen Umstürzen mitwirken können – wie jetzt in der Ukraine: Schon beim ersten Wahlgang ... Ende Oktober hatte die OSZE massive Wahlfälschungen ... moniert, ebenso bei der Stichwahl drei Wochen später. Die Stellungnahmen der Wahlbeobachter halfen der Opposition, die Wahlen als ungültig zu bezeichnen und Neuwahlen zu fordern.“ – <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/327521/>
- weitere Quellen aus: 12th OSCE Ministerial Council. Homepage. Bulgaria 2004 Sofia... <http://www.osce.org/events/mc/bulgaria2004/index.php>